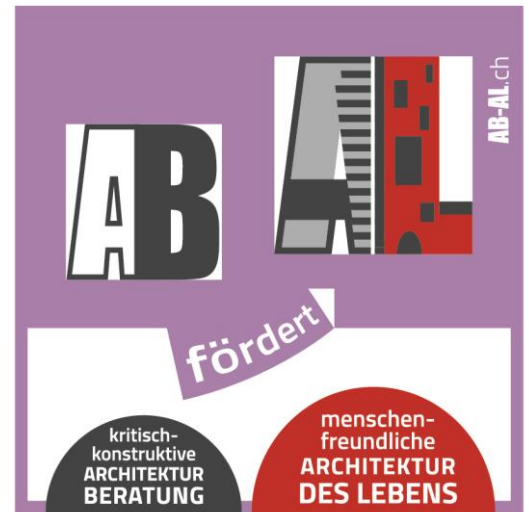


Contra-RIVA-Argumente

Für die Parlamentarier, Stadträte und Bewohner von Arbon -
als Beitrag zur Meinungsbildung betreffend RIVA-Projekt.
Barbara Lüchinger, AB-AL (Architektur-Beratung), Mai 2023

- hier abgedruckt ein Artikel in der Thurgauer Zeitung vom 11. Mai 2023



7. Ein Chaos sondergleichen

Arbon

In gut einem Monat stimmen die Arbonerinnen und Arboner über die beiden geplanten Hochhäuser am See ab. Die Gegner der 43 Meter hohen Türme haben zum Auftakt der Kampagne Raimund Rodewald eingeladen. Er leitet seit 30 Jahren die Geschäftsstelle der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz. In seinem Vortrag vor über 100 Personen liess der promovierte Biologe kein gutes Haar an der Stadt. Er warf den Verantwortlichen grobe Verfahrensfehler vor. Ausserdem hätten sie die elementarsten Grundsätze der Raum- und Städteplanung missachtet und sich über die eindeutigen Empfehlungen diverser Experten hinweggesetzt.

Die Gegner der geplanten Hochhäuser in Arbon gehen hart ins Gericht mit der Stadt und HRS.

Jürg Niggli und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter müssen viele zusätzliche Stühle aufstellen, damit alle einen Platz haben. Am Schluss sitzen am Dienstagabend (9. Mai 2023) über 100 Personen im Foyer des Seeparksaals, wo die „IG Seeufer ohne Hochhäuser“ den Abstimmungskampf eröffnet. Sie hat Raimund Rodewald eingeladen, seit 30 Jahren Geschäftsführer der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz.

Der promovierte Biologe und Ehrendoktor der juristischen Fakultät der Uni Basel wirft dem Stadtrat vor, grobfahrlässige Verfahrensfehler begangen und die elementarsten Grundsätze der Raum- und Städteplanung missachtet zu haben. „Es sträuben sich mir die Nackenhaare, wenn ich daran denke, wie es gelaufen ist. So geht es einfach nicht.“ Die Stadt Arbon habe alles völlig aus dem Ruder laufen lassen. „Es herrschen ein Wirrwarr und ein Chaos sondergleichen.“

Ein verwirrendes Durcheinander

Die Verantwortlichen hätten seiner Meinung nach vor der Abstimmung über „Riva“ zwingend eine Planungszone über das „Metropol“-Gelände erlassen müssen, um die Entwicklung sozusagen einzufrieren und damit klare Verhältnisse zu schaffen. So hätten sie in aller Ruhe im Dialog mit der Bevölkerung die wünschenswerte Entwicklung des Grundstückes diskutieren können. Stattdessen habe die Stadt das Zepter gänzlich HRS überlassen und sich völlig deren Wünschen und Ideen untergeordnet.

Es könne nicht sein, dass für ein und dasselbe Areal ein Gestaltungsplan für zwei Hochhäuser erarbeitet werde und gleichzeitig ein Baugesucht für ein konkretes, von diesem Gestaltungsplan

abweichendes Projekt laufe, sagt Rodewald. Und wenn dann noch die Ortsplanungsrevision oben drauf gepackt werde, sei die Verwirrung komplett. „Es ist deshalb richtig, wenn die Bevölkerung aufsteht und sich wehrt. Man hätte es aber nie so weit kommen lassen dürfen.“

Sämtliche Voraussetzungen für Hochhäuser fehlen

Hochhäuser seien nicht grundsätzlich des Teufels, stellt Rodewald an diesem Abend klar. „Wir müssen in der Vertikalen Raum gewinnen. Aber nicht am Ufer in Arbon.“ Dort sei der ganz falsche Ort. „Riva“ sei ein Etikett ohne Inhalt. Das Projekt stehe bloss für Allmacht, Beliebigkeit und Luxus. Begründet sei es in rein ökonomischen Überlegungen. „Die beiden Hochhäuser haben städtebaulich keine Anbindung an nichts.“ Die Betonklötze seien ein einziger Störfaktor.

Diese Meinung vertritt am Dienstagabend auch Kurt Sonderegger, der im Vorstand der IG Seeufer ohne Hochhäuser sitzt und früher Mitglied der Ortsbildkommission von Arbon war. Arbon könne stolz sein auf sein Ortsbild, das seit 2008 von nationaler Bedeutung ist und zu dem die „Metropol“-Parzelle gehört, sagt Sonderegger. Die Stadt ignoriere aber die damit einhergehende Pflicht, das Seeufer vor einer baulichen Verdichtung zu schützen. „Es ist unseriös gearbeitet worden.“ Bei der Interessenabwägung in der Beurteilung des „Riva“-Gestaltungsplanes hätten die politischen Verantwortungsträger den Ortsbildschutz ungenügend berücksichtigt und es verpasst, ein Gutachten bei der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) einzuholen. Und das, obwohl der Kanton im Vorprüfungsbericht ausdrücklich eine solche Expertise verlangt habe.

Warum sich die Stadt darüber hinweggesetzt habe, sei für ihn völlig unverständlich. Sonderegger ist sich sicher: Dieses Versäumnis könnte zu einem bösen Erwachen führen, wenn die beiden Hochhäuser am Schluss Gegenstand eines Rechtsstreites werden sollten.

IG-Präsident wundert sich über Pirouetten der Politik

IG-Vorstandsmitglied Andrea Vonlanthen wehrt sich gegen den Vorwurf der „Riva“-Befürworter, er und seine Kolleginnen und Kollegen würden den Fortschritt verhindern. Der IG gehe es darum, Fehlentwicklungen in Form eines masslosen Projektes die Stirn zu bieten – zum Wohle von Arbon. Um die Stadt vorwärts zu bringen, müsse die Politik in der Altstadt, bei der Standortförderung (Steuerfuss) sowie dem touristischen und gastronomischen Angebot ansetzen.

Er könne sich nur noch wundern ob all der Pirouetten der Politik, sagt IG-Präsident Jürg Niggli. Es sei unglaublich, was sich diese in all den Jahren geleistet habe. Ein Veranstaltungsbesucher meint dazu: „Wenn es ums Geld geht, ist alles erlaubt. Und der Kopf funktioniert nicht mehr. Es wird gelogen bis zum Gehnichtmehr.“

Eine Besucherin stellt die Frage, warum sie am 18. Juni auch Nein zur Ortsplanungsrevision sagen muss, wenn sie gegen die Hochhäuser ist. Nur so könne auf Dauer verhindert werden, dass HRS an diesem Ort ein Hochhaus baue, sagt Niggli. Die Stadt betreibe reine Angstmacherei, wenn sie behaupte, bei einer Ablehnung seien wichtige Projekte auf Jahre hinaus blockiert. Es könne mit der Neuauflage relativ schnell gehen, hätten ihm Juristen versichert, sagt Niggli. Steinach wird nach dem Nein zum Hochhaus beziehungsweise zur Ortsplanungsrevision im November 2021 vermutlich zwei Jahre für das ganze Prozedere brauchen, sagt der Gemeindepräsident Michael Aebisegger auf Anfrage.

Von Markus Schoch, Thurgauer Zeitung vom 11. Mai 2023